

Sehr geehrter Herr Kayma,
sehr geehrte Schülerinnen und Schüler der HELA,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

70 Jahre Grundgesetz

Ich freue mich, heute aus diesem Anlass vor Ihnen zu stehen, mehr noch, es ist mir eine Ehre! Man hält als Stadtpräsident ja doch so manches Grußwort oder Reden zu vielfältigen Anlässen, aber eine Rede anlässlich des Geburtstages unserer Verfassung vor Schülern ist doch etwas ganz Besonderes.

Daher für Ihre Einladung an mich meinen herzlichen Dank an Sie, Herr Kayma.
Ich hoffe, ich versäue es nicht!

Ich spreche auch gern vor Ihnen, liebe Schülerinnen und Schüler, oder gendergerecht, liebe Beschulte der HELA, weil ich am Freitag tief beeindruckt von dem war, was ich da in der Nordmarkhalle sehen, hören und erleben durfte. LUNA war ganz großes Musical! Zu erleben, wie so viele von Ihnen mit ihren Fähigkeiten und Talenten zum Gelingen beigetragen haben, das hat großen Spaß gemacht. Sie können stolz auf das sein, was Ihnen da gelungen ist. Anfang April war ich anlässlich der Umbenennung des Schwimmbad in „AQUACITY“ dort und habe durch einen Werbestand Ihr innovatives Start-up „meehr“ kennengelernt. Ich bin mittlerweile Kunde geworden und mache fleißig Werbung für Sie. Eine tolle Idee, die alle Unterstützung und jede Auszeichnung verdient. Meinen Respekt auch dafür!
Der Einladung in so eine Schule folge ich dann wirklich gern!

Als die 65 stimmberechtigten und 5 nicht stimmberechtigten (Berlin) Mitglieder des parlamentarischen Rates im September 1948 zusammentraten, um auf Geheiß der Alliierten eine Verfassung zu entwerfen, war Deutschland ein zerstörtes Land.

Physisch, psychisch und moralisch.

Die Blockade West-Berlins durch die Russen hatte gerade begonnen und der große Berliner Bürgermeister Fritz Reuter sprach die berühmten Worte, die um die Welt gehen sollten: „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt“! Wie wir wissen, wurde er gehört und die Blockade West-Berlins wurde durch die alliierte Luftbrücke überstanden.

Also alles andere als gute Startbedingungen für eine Verfassung: Kein gewonnener Unabhängigkeitskrieg wie in den Vereinigten Staaten, keine Revolution wie in Frankreich, sondern eine riesige Katastrophe war Basis und Ursache dieser Verfassung.

Und doch wurde dieses Grundgesetz die erfolgreichste deutsche Verfassung. 70 Jahre hielt keine ihrer Vorgängerinnen durch. Die Verfassung des deutschen Bundes nicht, die des Kaiserreiches nicht, und die Weimarer Verfassung auch nicht.

Ich möchte Ihnen zum Grundgesetz einige politische Betrachtungen vortragen. Ich bin kein Staatsrechtler, juristische Betrachtungen sind mir ehrlich gesagt auch zu trocken! Und da ich mich im Bereich der Politik bewege, erwarten Sie das wahrscheinlich auch.

Nur zur Klarstellung: Ich bin selbständiger Kaufmann, Politik ist mein Hobby und meine Aufwandsentschädigung liegt weit unterhalb des Mindestlohns! Hier spricht also jemand zu Ihnen, der die „große“ Politik als Wähler wie Sie, als Parteimitglied wie viele und hier vor Ort eben als Handelnder erlebt. Diese unterschiedlichen Perspektiven in sich zu vereinen ist spannend, und das möchte ich in meine Betrachtungen auch einfließen lassen.

Ich werde zum GG auf folgende vier Bereiche eingehen:

Was für Lehren aus dem Scheitern von Weimar finden wir im Grundgesetz? Das ist insofern interessant, als dass diese Lehren uns die Stabilität unserer Demokratie beschert haben.

Welchen Anspruch erhebt das Grundgesetz? Aus meiner Sicht deshalb eine berechtigte Frage, weil dem GG manchmal auch zu viel aufgebürdet wird.

Vor welchen Herausforderungen steht das Grundgesetz und unserer Demokratie?

Und schließlich:

Welche Gefahren lauern auf das Grundgesetz und unsere Demokratie?

Über das Scheitern der Weimarer Republik sind mittlerweile ganze Regalmeter an Literatur veröffentlicht worden. Sicher ist, dass die Verfassung, die vor 100 Jahren in Weimar beschlossen wurde (noch ein Jubiläum!), nicht die Ursache des Scheiterns ist. Nebenbei: Wir scheinen eine gewisse Affinität zu den 9er Jahren entwickelt zu haben (1889 Hela, 1919 Verf. V. Weimar, 1949 Grundgesetz, 1989 Einheit) OK, es war also nicht ursächlich die Weimarer Verfassung, sondern das Zusammenwirken eines ganzen Straußes von erschwerenden Rahmenbedingungen, was zum Sturz der Republik von Weimar führte.

Jedoch zogen die Mitglieder des parlamentarischen Rates konsequent ihre Lehren aus dem Scheitern von Weimar. Ich will mich auf die drei aus meiner Sicht markantesten beschränken: Zum einen die klare föderale Gliederung der Bundesrepublik. Eine damals sehr umstrittene Regelung übrigens, die sich ohne den Druck der Alliierten nicht durchgesetzt hätte.

Eine populistische Bewegung, auf einer emotionalen Woge getragen, kann nicht durch ein gutes Wahlergebnis in einer Wahl so viel Macht erringen, um das gesamte Gemeinwesen zu kontrollieren.

Die Hoffnung dabei ist, dass die emotionale Woge, die Populisten trägt, auch wieder verebbt, bevor diese die totale Kontrolle über das gesamte Gemeinwesen, alle Parlamente und alle Machtzentren haben.

Insgesamt also eine hohe Resistenz gegen schockartige Änderungen. Eine so schnelle und totale Entmachtung zentraler politischer Kräfte wie in Frankreich, Ungarn oder Polen wäre in Deutschland so nicht möglich.

Ich war zur Zeit der Wahl von „en marche“ in Frankreich, und das war eine seltsame Stimmung, als quasi über Nacht politisch nichts mehr wie vorher war. Und dann stellte ich mir vor, „front national“ hätte diesen Erdrutschsieg eingefahren!

Der Föderalismus des GG ist alles in allem segensreich, birgt aber auch Risiken, wie wir noch sehen werden.

Die zweite Änderung zu Weimar: Die klare Entmachtung des Bundespräsidenten, der bei weitem nicht die Machfülle des Reichspräsidenten von Weimar hat. Dafür wurde der Bundeskanzler gegenüber dem Reichskanzler im GG gestärkt.

In den 14 Jahren ihres Bestehens hat die Weimarer Republik 13 Kanzler verbraucht, in den 70 Jahren des GG liegen wir jetzt bei 8. Insgesamt hat sich die Stabilisierung der Regierungen in dieser „Kanzlerdemokratie“ als segensreich erwiesen.

Zum Dritten der klare Verzicht auf jede direkte Demokratie! Keine Direktwahl des Staatsoberhauptes, kaum Volksbegehren, kaum Volksentscheide (Theodor Heuss nannte sie „Prämie für Demagogen“.)

Dafür die Stärkung der Parteien. Das GG ist meines Wissens die einzige Verfassung, die Parteien überhaupt zur Kenntnis nimmt und ihnen eine Funktion zuteilt. Die Parteien wirken in Parlamenten, Ministerien, Behörden und Gerichten (auch im Verfassungsgericht!). Wo Sie

im Staatswesen auch hinblicken, Sie treffen auf die Parteien. Dieser Staat ist ohne Parteien nichts, die Parteien sind ohne diesen Staat nichts!

Die Parteien erfüllen dabei zwei Funktionen: Sie bündeln, filtern und transportieren die politischen Forderungen, Ideen und Strömungen von unten nach oben und gleichzeitig leiten Sie die Staatspolitik von oben nach unten.

Sie sind die große und starke Verbindung zwischen Volk und Staat, zwischen Bürger und Regierung. Die Parteien werden viel gescholten, wir müssen aber verstehen, dass sie in ihrer Doppelfunktion ein wesentlicher Pfeiler für den Erfolg des GG sind.

Auf den Punkt gebracht: Die Weimarer Verfassung war euphorisch und vertraute dem Wähler nahezu grenzenlos, das GG ist aus Schaden klug geworden!

Die Verfassung von Weimar war optimistisch und hat den Wählern nahezu uneingeschränkten Einfluss zugestanden. Das Grundgesetz fußt hingegen auf Skepsis, ja Pessimismus und hat mit föderalen Strukturen, der Stabilisierung der Regierungen und der, ja ich muss das so sagen, der Einhegung, ja der Einschränkung der Wähler die Demokratie von ihren Risiken und Nebenwirkungen weitgehend befreit!

So, das muss jetzt erst einmal abkühlen! Trotz der Erfahrungen durch Brexit und Trump muss das erst einmal sacken: Das Misstrauen gegenüber dem Souverän, dem Volk, ist das Erfolgsrezept des GG. Man erschrickt fast vor dieser Erkenntnis, aber so ist es, zweifellos!

Die Mütter und Väter des GG hatten es erlebt und verinnerlicht: Der Mensch als Individuum ist zu Großem und Edlem fähig, der Mensch als Masse ist gefährlich! Das GG trägt dem Rechnung! Es hat einen Puffer errichtet zwischen Volksseele und politischer Macht.

Vorgänge wie in Polen und Ungarn mit der nahezu Gleichschaltung von Presse und Justiz wäre hier nicht so im Handumdrehen möglich.

Welchen Anspruch erhebt das GG?

Der Anspruch des GG ist ein sehr Bescheidener. Man kann fast sagen, es schämte sich bei Einführung seiner Existenz. Es sollte keinesfalls Verfassung heißen, im Gespräch war als Bezeichnung „Organisationsstatut“, die Bezeichnung „Grundgesetz“ war dann der Kompromiss. Es sollte ein Notbehelf für eine Übergangszeit sein und hatte keinen Anspruch auf Endgültigkeit. Einer seiner Väter, Theodor Heuss, hatte sogar dafür geworben, dass es nach 10 Jahren automatisch wieder außer Kraft treten sollte. Inzwischen will es niemand wieder abschaffen, die Verfassungswirklichkeit übertrifft also den ursprünglichen Verfassungsanspruch spektakulär. Es war 1989 im Zuge der deutschen Einheit nie wirkliche eine Diskussion, das GG durch eine neue Verfassung zu ersetzen (die Frage stellte sich bei der Hymne übrigens auch nicht!). Bei der ungeheuren Beschleunigung der politischen Vorgänge seit 1949 kann man über die Kontinuität dieses Provisoriums nur staunen.

Woher kommt diese Zeitlosigkeit?

Das GG erhebt nicht den Anspruch, eindeutige Vorgaben zu enthalten. Es ist nicht so klar wie eine Hundesteuersatzung oder Bauordnung. Das Grundgesetz entzieht sich der Eindeutigkeit, weil sich Menschen unterschiedlicher Ansichten dahinter vereinigen sollen. Es fordert immer wieder auf zu aktueller Interpretation. Es rät zu Maß und Mitte. Wir sollen gar nicht erst versuchen, die Unterschiede und Widersprüche des Lebens aufzulösen.

Wir sollen sie aushalten!

Und dafür bietet uns das GG das Fundament. Und wenn uns die Interpretation nicht gelingt, ist da noch das Bundesverfassungsgericht.

Welche Herausforderungen stehen vor dem GG und unserer Demokratie?

Ich sehe drei große Herausforderungen.

Die erste: Der Parcours der Entscheidungen und die Balance in schnelllebigen Zeiten. Als das GG verabschiedet wurde, hatten die Deutschen keine Fernseher in den Wohnungen. Ein Brief von Hamburg nach München war gute vier Tage unterwegs, ein Paket eine Woche. Die Information über politische Vorkommnisse und gesellschaftliche Themen erfolgte über das Radio und Tageszeitungen. Die Kommunikation fand vor Ort statt, z.B. in der Kneipe, die „Mann“ am Freitag nach Empfang der Lohntüte gern aufsuchte. Das Leben fand in der Familie statt, allenfalls noch im Stadtteil. Man traf sich in Vereinen und, ja, zunehmend dann auch in den Parteien.

Die politischen Verhältnisse waren stabil. Die Spaltung Deutschlands, Europas, ja der Welt in „den Westen“ und den „Ostblock“ war schmerzhaft, ja, aber eben stabil und damit berechenbar.

Nun ändern sich die Zeiten, heute kann ich in Hamburg im Home-Office sitzen und so produktiv sein, als säße ich in München in meinem Büro.

Die Informationsmöglichkeiten sind nahezu unbegrenzt, es war nie so leicht an Informationen über alles Mögliche zu gelangen wie heute. Kommunikation ist immer, von überall mit jedem möglich und wird auch so praktiziert.

Gleichzeitig werden die politischen Verhältnisse rauer, unberechenbarer und volatiler. Die Bindewirkungen der Vereine und Parteien erodieren, die Gesellschaft individualisiert sich. Damit steigen die Anforderungen und Erwartungen von uns allen an unsere Gesellschaft. Föderale Politik mit ihren Riten wie Ministerkonferenzen und Vermittlungsausschüssen, mit ihrem komplizierten Geflecht aus Zustimmungspflichten und Ausgleichsmechanismen, mit den vorgeschriebenen Abläufen, die eben der Machtbalance und Demokratiesicherung dienen, wirken da zuweilen bremsend und schwerfällig. Immer wieder hört man gelobte Vorbilder, dass z.B. in China innerhalb kürzester Zeit imposante Infrastrukturvorhaben umgesetzt werden, dass z.B. in Frankreich ein neuer Präsident bis in den letzten Winkel seines Landes schnell und konkret anordnen und entscheiden kann.

In Zeiten, in denen alles immer schneller geht, werden die Anforderungen an den föderalen Parcours hinsichtlich seiner Beweglichkeit und Leistungsfähigkeit größer. Wir dürfen dabei aber den tieferen Sinn dieses Föderalismus nie vergessen! Das Einschränken und Einhegen von Macht!

Die zweite Herausforderung: Der Wunsch nach einfachen Lösungen

Ich deutete es ja bereits an, wir alle sind es zunehmend gewohnt, dass unsere Anforderungen leicht und schnell gelöst werden. Mit einem Tastendruck füllen wir Vorräte auf, bestellen Konzertkarten oder fotografieren eine Szene und stellen sie ruckzuck online oder versenden das Bild an Freunde. Einfache Lösungen sind wir gewohnt. Wenn es dann aber gilt, im demokratischen Prozess auf welcher Ebene auch immer Interessen auszugleichen, Kompromisse zu schließen um Mehrheiten zu organisieren oder Entscheidungen zu vertagen um Raum für Gespräche und Sondierungen zu schaffen, verdrehen wir, schnelle Problemlösungen gewohnt, die Augen und sind genervt von diesem Geschachere, Gedeale, Hinterzimmerschiebe. Es wird eine Frage der Zukunft sein, wie wir die zuweilen, ich will mal sagen, langatmigen auf Einigung und auf Ausgleich ausgelegten Mechanismen unserer Demokratie mit den Anforderungen einer modernen Gesellschaft versöhnen können.

Die dritte Herausforderung: Leitplanken einer Demokratie

Einer der entscheidenden Gründe für den Niedergang von Weimar bestand darin, dass die Wähler Parteien eine Mehrheit im Reichstag verschafften, die diese Demokratie nicht trugen, sie sogar bekämpften. Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung enthält das GG Regelungen, um

sich gegen solche Parteien zu wehren (Art. 18 und 21 z.B.), aber ich glaube, die Vorsorge muss früher greifen.

Jede Gesellschaftsordnung muss sich den Veränderungen einer Gesellschaft anpassen, mit ihr atmen und sich entsprechend wandeln. Demokratien müssen dies umso mehr, weil sie auf dem Konsens einer breiten Mehrheit ruhen.

Dieser Konsens beschränkt sich nicht nur auf die Spielregeln, wie das Grundgesetz, sondern daraus resultierend auch auf Verhaltensregeln, die gelten müssen, um eine Demokratie zu erhalten und zu schützen. In Gefahr gerät eine Demokratie dann, wenn diese Verhaltensregeln außer Acht gelassen werden oder, als Provokation, bewusst mit Füßen getreten werden.

Und da sind wir dann schon, bei den Gefahren für unsere Demokratie. Auch hier möchte ich mich auf die aus meiner Sicht drei größten Gefahren beschränken:

Zur ersten Gefahr: Wir leben in einer Erregungsgesellschaft, in der die kleinsten Vorkommnisse nahezu hysterische Reaktionen hervorrufen. Wie nach einer Interviewäußerung eines Nachwuchspolitikers die Meldungen in allen Kanälen hoch und runter laufen und alle möglichen Reaktionen hervorrufen, macht sprachlos. Ebenso, wie Twittermeldungen und youtube-Videos Erregungswalunen auslösen.

Informationen rasen um den Planeten, jeder hat alle Möglichkeiten, aus vielfältigsten Quellen seine Informationen zu beziehen. Das führt aber auch zu einer Selektion der Informationsquellen und damit zu einer Verengung von Meinungen und Überzeugungen.

Wenn Katzenfreunde nur noch mit Katzenfreunden kommunizieren, verkrusten Überzeugungen und Meinungen.

Die Erregungskultur schafft dann schnell unüberwindliche Barrieren zwischen den Lagern. Es gibt dann nur noch Gutmenschen oder Nazis, Vernünftige oder Hinterwäldler, Verantwortungsvolle oder Ignoranten, Rücksichtsvolle oder Kapitalisten.

Das hohe Gut der Demokratie, die Auseinandersetzung in der Sache, das Ringen um den Kompromiss wird dann schwierig oder unmöglich, wenn sich zwei politische Wagenburgen gegenüber stehen.

Wir erleben das derzeit auch in einer zunehmend entgleisenden Art der Auseinandersetzung. Ich erinnere an Donald Trump, der seine Anhänger über Hillary Clinton rufen ließ „Sperrt sie ein“! „Lock her up“! Seine Gegenkandidatin in einer demokratischen Wahl! Unfassbar! Aber auch hier vor Ort wird ein Kommunalpolitiker via Facebook in übler persönlicher Weise verunglimpft. Ich sehe eine große Gefahr in einer zunehmenden Unversöhnlichkeit der Lager. Es wird der Gegner getreten, nicht der Ball!

Dadurch werden aber zwei wesentliche Stützen der Demokratie geschwächt:

Die Kompromissfähigkeit und die Bindung der Minderheit an den Majoritätsbeschluss.

Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, Kompromisse zu schließen, oder diese als Schwäche ausgelegt und entsprechend an der Wahlurne abgestraft werden, geraten wir schnell in eine Situation, in der keine Mehrheiten mehr gebildet werden können. Vorboten beobachten wir schon heute: Keine der aktuellen Koalitionsregierungen zeichnet sich durch große Tatkraft aus, überall beobachten wir, höflich ausgedrückt, sehr verhaltene Regierungsaktivitäten.

Als Adenauer die Westbindung durchsetzte tat es gegen den erbitterten Widerstand der SPD. Aber als die Entscheidung gefallen war, arbeitete die SPD konstruktiv mit, 1960 erklärte Herbert Wehner die Westbindung zur Staatsräson. 1970 setzte Willi Brandt die Ostverträge gegen den erbitterten Widerstand der CDU durch. Aber als die Entscheidung (inkl. Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums gegen Kanzler Brandt) gefallen war, arbeitete die CDU konstruktiv mit und akzeptierte schließlich die Entspannungspolitik als Staatsräson.

Dieses Einschwenken der Minderheit wird weniger, eine Niederlage ist absolut geworden. Das setzt aber die Axt an ein Demokratiesystem, das darauf angewiesen ist, dass Minderheiten geschützt sind, aber Mehrheiten ebenso akzeptiert werden.

Die zweite Gefahr für unsere Demokratie: Neben den politischen wachsen auch die religiösen, gesellschaftlichen und materiellen Gegensätze.

Unsere Großmutter erbte von ihren Eltern ihre Aussteuer und vielleicht einige Möbel, die dann mit den noch lebenden 5 Geschwistern geteilt wurden.

Sie selbst vererbte die Aussteuer, den Hausstand und ein kleines Siedlungshaus an unsere Mutter, die das Erbe mit ihrer Schwester teilte.

Wir haben von unserer Mutter ein Mehrfamilienhaus und das schöne Siedlungshaus in einer mittlerweile sehr guten Wohngegend geerbt. Wir müssen nicht teilen, wir sind Einzelkind. So ungefähr verläuft die Wohlstandskurve, allein durch Erbschaften vergrößert sich die Kluft innerhalb unserer Gesellschaft zunehmend.

Hinzu kommen beschleunigend auch Einkommensunterschiede durch Bildungsunterschiede: 63 Prozent aller Akademikerkinder beenden ein Studium, aber nur 15 Prozent aller Arbeiterkinder.

Diese Erstarrung unserer Gesellschaft ist eine große Gefahr.

Hinzu kommen ferner auch Polarisierungen in religiösen Fragen, zum Beispiel über und durch den Islam.

Gesellschaftliche Gegensätze zwischen den global agierenden und denkenden Eliten, den „anywheres“ und der in ihrer Region verwurzelten Basis, den „somewheres“ wirken dann noch beschleunigend.

Brexit und Gelbwesten zeigen uns Risse in den Gesellschaften, die wir schon längst überwunden glaubten. „Ihr denkt an das Ende der Welt, wir denken an das Ende des Monats“, die Aussage eines Sprechers der Gelbwesten beschreibt diesen Graben, diese Kluft, ganz gut. Gegensätze per se sind kein Gift für eine Demokratie, im Gegenteil, es ist ja schon fast systemimmanent, dass es sie gibt, zum Problem kommt es, wenn die Gegensätze nicht mehr in Einklang zu bringen und zu befrieden sind.

Durch eine Vergrößerung der Gegensätze sind die Mechanismen einer funktionierenden Demokratie akut gefährdet:

Kompromissfähigkeit,

Respekt des politischen Gegners,

Konsens über den Wert des Ganzen.

Die dritte Gefahr: Big Data

In China ist eine staatliche soziale Datenbank in Betrieb gegangen, die alle verfügbaren Daten der Bürger sammelt. Welche Zeitungen liest man, welche Bücher kauft man, was spendet man an welche Organisationen, liest man Blogs, wenn ja welche usw. Alles wird gesammelt. Das Verhalten wird nach einem Punktesystem bewertet. Der „Score“ entscheidet dann darüber, ob das Kind einen Kindergartenplatz erhält oder einen Studienplatz. Glauben Sie nicht? Es ist so! Als nächste Stufe arbeitet man an Gesichtserkennungssoftware, damit man auch Bewegungsmuster Einzelner erkennen kann. Das Ziel: Totale Kontrolle!

Big Data ist aus meiner Sicht die größte Gefahr für unsere Demokratie, denn wer die Daten hat, hat das Wissen. Die Anreize entweder für den Staat, seine Bürger auszukundschaften oder für andere Institutionen, die Bürger zu beeinflussen, werden steigen.

Wie schützen wir die Demokratie vor dem allmächtigen weil datenvollen Staat und wie schützen wir die Demokratie vor Institutionen, die die Bürger in ihrem Sinn manipulieren wollen?

Mit dem GG haben wir ein erstaunlich tragfähiges Fundament. Aber auch ein tragfähiges Fundament bewahrt nicht vor Stolpern oder gar Stürzen.

Der Spiegelgründer und -verleger Rudolf Augstein hat einmal gesagt:

Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit

Seien Sie wachsam!

Und Barack Obama sagte in seiner Abschiedsrede:

Das wichtigste Amt in einer demokratischen Gesellschaft ist nicht das Amt des Präsidenten, sondern das des BÜRGERS.

Es kommt auf Sie an, auf jeden einzelnen von Ihnen! *Auf jeden einzelnen!*

Vergessen Sie das nie!

Und seien Sie wachsam!